

01.04.12 | Finanzsteuer

Schäuble beißt bei den Briten auf Granit

London lässt sich nicht einmal auf eine Finanzsteuer light ein. Dabei würde sie das eigene Modell zur Grundlage haben. EU-Kommissar Barnier fordert, dass Steuerzahler nie mehr für Banken geradestehen müssen. *Von Florian Eder*

Großbritannien lässt sich nicht locken: Am Widerstand des britischen Schatzkanzlers George Osborne ist am Wochenende ein EU-weiter Vorstoß von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gescheitert, wenigstens die abgespeckte Version einer Finanztransaktionssteuer europaweit einzuführen. Auf die Frage, ob er sich an einem gemeinsamen Vorstoß beteiligen werde, sagte Osborne Teilnehmern des Finanzministertreffens in Kopenhagen: „Das ist sehr unwahrscheinlich.“

Damit sind zwei Ziele gescheitert, die den gemeinsamen Nenner der Positionen der Bundesregierung, des französischen Präsidenten und der EU-Kommission bildeten: eine EU-weite und dabei alle Finanztransaktionen umfassende Steuer einzuführen. Der Finanzsektor soll so an den Kosten der Banken-Rettung beteiligt werden. Mit Einnahmen von 57 Mrd. Euro im Jahr rechnet die Kommission, die sie freilich, zum Ärger der meisten Mitgliedstaaten, in ihrem eigenen Haushalt verbuchen will.

Eine Arbeitsgruppe soll nun die Chancen für eine Abgabe lediglich auf Aktienkäufe börsennotierter Unternehmen, eingeführt nur in einer Gruppe von EU-Staaten, ausloten. „Vielleicht müssen wir es in einer Gruppe machen“, sagte Schäuble: „Da lege ich mich nicht fest.“ Er gebe das Ziel der Finanztransaktionssteuer damit aber nicht auf.

Schäuble nimmt britische "Stempelsteuer" als Vorbild

Die britische „Stempelsteuer“, erhoben seit Jahrzehnten, nannte Schäuble ausdrücklich als Vorbild. Sie würde zwar einen großen Teil des Handels von der geplanten Umsatzsteuer ausnehmen, aber einen kleinen Erfolg konnte Schäuble so immerhin verbuchen: Die Schweden, ebenfalls Kritiker einer umfassenden Steuer, machen mit.

Finanzminister Anders Borg lobte Schäubles „Pragmatismus“ und beteiligt sich auf eine deutsche Bitte hin an der Arbeitsgruppe. Die vorgeschlagene Umsatzsteuer auf Aktienkäufe „würde die Wirtschaft weniger kosten und hätte nicht so verheerende Effekte für die Märkte wie die Finanztransaktionssteuer“, sagte Borg.

Das klang eher nach einer Freundlichkeit gegenüber dem Deutschen, der zur selben konservativen Parteienfamilie gehört, denn nach einem überzeugten Ja zum Vorschlag. Europa ist in der Frage der Beteiligung der Finanzmärkte an den Kosten der Krise gespalten.

Sehen die einen sie als Gebot der Gerechtigkeit an, so fürchten die Gegner, Finanzgeschäfte würden dann eben anderswo auf der Welt abgewickelt – in den USA, in Asien oder der Karibik. Skeptisch ist auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Er sagte, es sei fraglich, ob die Stabilität des Finanzsystems durch eine Steuer nicht eher noch gefährdet werde.

Dass die neue Arbeitsgruppe am Grundsatzkonflikt nicht rütteln können wird, machte die Einschätzung der dänischen Finanzministerin und Vorsitzenden des Finanzministerrats deutlich: „Wir werden unser Bestes tun und darauf im Mai oder Juni zurückkommen – ich kann aber nicht absehen, dass wir besonders harte Schlussfolgerungen daraus ziehen“, sagte Margrethe Vestager.

Barnier will Bankenabwicklung regulieren

Dabei steht der EU bereits der nächste Streit über den Umgang mit Banken ins Haus. Binnenmarktkommissar Michel Barnier präsentierte den Finanzministern seine Vorstellungen eines europäischen Rettungs- und Abwicklungsregimes für wackelnde Banken.

Er will Banken in finanziellen Schwierigkeiten dazu zwingen, Forderungen von Kreditgebern und Aktionären abzuschreiben – das heißt: die Kosten der Rettung auf die Anteilseigner einer Bank abzuwälzen. In der Folge der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers mussten viele Institute wie die deutsche Hypo Real Estate von Staaten gestützt werden. Das soll nicht wieder vorkommen.

Um der „sensiblen Angelegenheit“ gerecht zu werden, hat Barnier beteiligte Interessengruppen zur Stellungnahme eingeladen. Bankenverbände, Regierungen, Zentralbanken in Europa sollen sich in den nächsten vier Wochen äußern. Neben der Beteiligung der Aktionäre und Kreditgeber verlangt Barnier, dass Institute einen Notfallplan aufstellen, ein „Testament“, das nicht Schulden, sondern Vermögen verteilen soll.

Zudem werde die Regulierung der EU das Recht und die Handhabe dazu geben, ins Geschäft einzugreifen. „Manchmal werden harte Maßnahmen nötig sein“, sagte Barnier. Dazu gehörten das Verbot von Geschäftszweigen, das Verbot der Dividendenzahlung und auch der erzwungene Austausch des Spitzenmanagements.